



Bild: HPR Land Berlin, Michael Laube

Gewalt gegen Beschäftigte

Der Hauptpersonalrat ist seit Jahren mit der Thematik steigender Gewalt gegen unsere Kolleginnen und Kollegen befasst. Wir verurteilen aufs Schärfste jede Form von Gewalt gegen Beschäftigte des Landes Berlin.

In dieser Woche wurde die Gemeinsame Grundsatzerklärung des Senats von Berlin, des Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin Brandenburg und des dbb beamtenbund und tarifunion berlin zur zunehmenden Gewalt gegenüber Angehörigen des öffentlichen Dienstes durch den Regierenden Bürgermeister Michael Müller und die Vorsitzenden von DGB Berlin Brandenburg und dbb berlin, Christian Hoßbach und Frank Becker, unterschrieben.

Der HPR stellt seit Jahren fest, dass unsere Kolleginnen und Kollegen Fehlentwicklungen in unserer Stadt mit Ihrer Gesundheit bezahlen müssen. Die Corona-Pandemie und die wachsende Stadt haben die Situation für die Bevölkerung und vor allem auch für die in der Bezirks- und Landesverwaltung arbeitenden Menschen in dramatischer Art und Weise gesteigert. Leider führen die blank liegenden Nerven immer häufiger zu Übergriffen auf unsere Kolleginnen und Kollegen, die sich selbst als Dienstleister verstehen. Ob an der Auskunftshotline, bei der Begegnung im Amt oder auf der Straße werden sie für Versäumnisse angegriffen, die sie nicht zu verantworten haben.

Wir erwarten von den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern in Bezirken, Senat

Impressum:

Hauptpersonalrat

für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin

Klosterstr. 47
10179 Berlin - Mitte

Telefon: (030) 9020-2226
hpr@hpr.berlin.de
www.hpr.berlin.de

V.i.S.d.P.: Daniela Ortmann,
Vorsitzende

und Abgeordnetenhaus, dass sie sich vor Ihre Beschäftigten stellen und die Verantwortung für die Personalausstattung, Strukturen und die digitale Verwaltung übernehmen, um ihre Beschäftigten zu schützen.

Der Hauptpersonalrat strebt zum Schutz aller Beschäftigten eine Rahmendienstvereinbarung an, in der die Pflichten des Arbeitgebers, das Vorgehen bei Gewaltvorfällen, Schutzmaßnahmen und Begleitung der Betroffenen klar beschrieben und geregelt werden.

Dazu haben wir heute mit dem Finanzsenator vereinbart, zeitnah in Gespräche zu den Eckpunkten einer Dienstvereinbarung einzutreten.

Die letzten Tage, in denen viele Kolleginnen und Kollegen Geschädigte exzessiver Gewalt wurden, verdeutlichen die Dringlichkeit und Notwendigkeit unseres Anliegens.

Wir wünschen den betroffenen Kolleginnen und Kollegen gute und schnelle Genesung.

Daniela Ortmann

Vorsitzende des Hauptpersonalrates

Susanne Stecher

Mitglied im Vorstand
des Hauptpersonalrates

Christian Hanisch

Mitglied im Vorstand des
Hauptpersonalrates